

Heuchelei – Verlogene Sanktionspolitik gegen Iran

Anmoderation

Anja Reschke:

Erinnern Sie sich noch an die "Achse des Bösen"? Irak, Nordkorea und Iran – diese 3 Bösen – so hat es George Bush 2002 benannt - bedrohten den Weltfrieden und wären damit Feinde Amerikas. Der Irak wurde schon bearbeitet, dass sich da das Böse nicht richtig finden ließ, lassen wir jetzt mal beiseite, jetzt hat man sich auf den Iran eingeschossen. Mit Präsident Achmadinejad macht sich das Land mit Menschenrechtsverletzungen und Nuklearprogrammen auch gerade nicht besonders viele Freunde in der westlichen Welt. Die Vereinigten Staaten reagieren mit Angriffsdrohungen und ihrem altbekanntem Mittel: Wirtschafts-Sanktionen. In diesem Punkt sind sich scheidender wie kommender Präsident sogar einig:

Gorge W. Bush,

US-Präsident:

„Ich denke, wir müssen die Sanktionen verschärfen.“

Barack Obama:

zukünftiger US-Präsident:

„Gegen den Iran sollten immer schärfere Sanktionen verhängt werden. Wenn er an seinem Atomprogramm festhält.“

Anmoderation

Anja Reschke:

„Und diese Marschrichtung soll auch Europa einschlagen. Deutschland tragt bereits brav hinterher.“

O-Ton

Angela Merkel,

Bundeskanzlerin:

„Die Bundesregierung wird sich dabei, wenn der Iran nicht einlenkt, weiter entschieden für Sanktionen einsetzen.“

Anmoderation

Anja Reschke:

„Tja und wie wir Deutschen so sind, wenn mal was beschlossen ist, erfüllen wir das auch mit Preußischer Disziplin. Deswegen gibt es immer weniger deutsche Waren im Iran. Im Gegensatz – zu amerikanischen. Stefan Buchen.“

Weisser, ein mittelständischer Betrieb im Schwarzwald. Sie bauen Werkzeugmaschinen für die Autoindustrie, die Krise der Branche wird auch hier Einzug halten. Und jetzt hat Geschäftsführer Helmut Weisser noch ein Problem: Er darf nicht mehr in das wichtige Partnerland Iran liefern. Das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle hat ihm alle Lieferungen dorthin verboten.

O-Ton

Helmut Weisser,

Unternehmer:

„Unser Irangeschäft ist jetzt tot. Wir verlieren im Prinzip den gesamten Markt. Wir haben vor einigen Jahren begonnen, den iranischen Markt aufzubauen, weil dort eine

Automobilindustrie im Aufbau sich befindet, eine sehr dynamische, und wir hatten dort einen sehr guten Marktzugang und das ist nun alles im Prinzip vorbei.“

Weisser-Maschinen, deren Aufstellung im Iran verboten ist. Grund: eine erneute Verschärfung der deutschen Embargo-Praxis. Jetzt sind schon Maschinen zur Herstellung von einfachen PKW-Bremsscheiben verboten.

O-Ton

Helmut Weisser,
Unternehmer:

„Es ist ja eindeutig, dass hier keine kriegswirtschaftlichen oder proliferationsverdächtigen Produkte erzeugt werden.“

Um kriegswirtschaftliche Güter allein geht es der Bundesregierung offenbar nicht mehr. Was irgendwie Ärger machen könnte, wird zurückgewiesen. *Eine Genehmigung*, heißt es in einem Ablehnungsschreiben, *würde in der internationalen Öffentlichkeit massive negative Reaktionen hervorrufen*. Washington hat ein Totalembargo gegen den Iran verhängt. Und Washington macht Druck auf Deutschland.

O-Ton

Christoph Bertram,
Experte für internationale Beziehungen:

„Denken Sie daran: seit 1979 versuchen die USA den Iran, durch einseitige Sanktionen, was sie meinen, zur Raison zu bringen. Das hat nicht funktioniert. Das sind jetzt fast 30 Jahre. Nun sollen diejenigen Staaten, die noch gute Wirtschaftsbeziehungen zum Iran haben, gebeten werden, auch von ihrer Seite den Druck zu erhöhen, in der Hoffnung, dass das vielleicht nutzen könnte.“

Und so stehen plötzlich rein zivile Geschäfte, die auch keinen Bezug zum Atomprogramm haben, am Pranger. Vergangenen Sommer in Siegen: eine pro-amerikanische Lobbygruppe demonstriert gegen die Iran-Geschäfte der Firma Steiner.

O-Ton

Bernd Steiner,
Unternehmer:

„Unter dem Motto: stoppt den Steiner-Deal mit den Mullahs etc. Das sind Dinge, die kann man nicht akzeptieren. Das hat auch mit unserem Geschäft absolut nichts zu tun.“

Bernd Steiner liefert Verflüssigungsanlagen für die iranische Gasindustrie. Bisher hat er sich dafür Ausfuhrgenehmigungen erkämpft. Er weiß, dass er sich vor allem gegen den Druck aus den USA stemmen muss. Denn in der US-Presse hagelte es Schlagzeilen wie: „Deutschland genehmigt Errichtung von Gasanlagen im Iran“ und „Berlin liebt Iran“. Nahezu alle US-Politiker schlagen in dieselbe Kerbe, auch der Ex-Botschafter in Berlin.

O-Ton

John Kornblum,
US-Botschafter a.D.:

„Wir wollen härtere Sanktionen. Und wir wollen, dass die mit einer härteren Politik verbunden sind.“

Wie sieht es nun vor Ort aus mit den Sanktionen? Wir recherchieren im Iran, stoßen überall auf Misstrauen. Nach langem Ringen dürfen wir eine Firma betreten, die Hochleistungsrechner aus dem Ausland importiert. Ein Verkaufsraum ist vollgestellt mit Geräten von Cisco, Kalifornien, USA. Damit kann man komplexe Telekommunikations-

netzwerke betreiben. Wegen des amerikanischen Total-Embargos dürfen US-Firmen solche Industriegüter nicht in den Iran liefern. Ein paar Straßenzüge weiter. Wir kommen zu einem Bürogebäude, in dem sich der iranische Vertrieb berühmter Baumaschinen aus den USA befinden soll: Caterpillar. Ein Werbeschild gibt es nicht. Und Recherchen sind hier unerwünscht. Auch die Iraner wollen das nicht an die große Glocke hängen. Wir fragen eine junge Frau, die gerade herauskommt.

O-Ton

Panorama:

„Ist hier Caterpillar?“

O-Ton

Iranerin:

„Ja, die Caterpillar-Company sitzt im Erdgeschoss dieses Bürogebäudes.“

O-Ton

Panorama:

„Ist das die Zentrale von Caterpillar im Iran?“

O-Ton

Iranerin:

„Ja, klar. Ich arbeite da zwar nicht. Ich arbeite bei Renault. Aber klar, das hier ist die Caterpillar-Zentrale im Iran.“

Und die Zentrale ist offenbar nicht untätig. Fotos vom iranischen Importhafen Bandar Shahid-e Redja´i. Neue Caterpillar-Bagger sind abgeladen worden. Und Dieselgeneratoren. Trotz des besonders strengen amerikanischen Embargos: Industriegüter made in USA sind mitten auf der Achse des Bösen allgegenwärtig. Caterpillar räumt in einer Stellungnahme ein, dass die Maschinen über Drittländer in den Iran gelangen könnten.

O-Ton

Ali Ghazanfari,

Vizepräsident Deutsch-Iranische

Industrie- und Handelskammer:

„Die Amerikaner machen ihre Geschäfte und stellen Wünsche an Deutschland, vor allem an Deutschland, und auch an andere europäische Staaten: bitte, Ihr dürft das nicht machen!“

O-Ton

Klaus Friedrich,

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau:

„Wir nehmen die Präsenz US-amerikanischer Unternehmer auf diesem Markt wahr. Wir haben damit kein Problem. Und wenn die US-Regierung damit ein Problem hat, ist es das Problem der US-Regierung. Wir finden es nur manchmal erstaunlich, mit welcher Freude auf europäische Unternehmen zugegangen wird, um sie aus dem Iran-Geschäft raus zu bewegen, wenn gleichzeitig in diesem Marktsegment US-amerikanische Wettbewerber definitiv aktiv sind.“

Beispiel Öl- und Gasindustrie. Wir fliegen an den Persischen Golf, zu einer der größten Baustellen der Welt. Hier wird das weltgrößte Gasfeld angezapft. Deutsche Unternehmen, die hier investieren wollen, stehen unter Druck. Manche amerikanische Firmen scheinen keine Probleme zu haben. Ashcroft, der Messgerätehersteller beispielsweise, ist dick mit von der Partie.

O-Ton

Klaus Friedrich,

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau:

„Gerade im Bereich der Öl- und Gasindustrie finden sich relativ viele Markennamen bis heute auf den iranischen Ölfeldern, wo man doch schwere Zweifel haben darf, ob das ohne Kenntnis der betroffenen US-amerikanischen Unternehmen tatsächlich geschieht.“

Wir runden unsere Recherche im Iran mit einem interessanten Fund ab. Zunächst denken wir, die Cola-Flaschen werden aus dem Ausland importiert. Als Lebensmittel könnte es dafür eine Ausnahmegenehmigung geben. Aber dann das: im Industriegebiet der nordöstlichen Provinz Chorasán entdecken wir eine der größten Cola-Fabriken des Mittleren Ostens. Cola made in Iran - passt das zum Embargo? Wir legen die Erkenntnisse dem Ex-Botschafter in Berlin vor.

O-Ton

Panorama:

„Das sind Caterpillar-Maschinen, das ist Ashcroft, Cisco-Systems. Was sagen Sie dazu, dass amerikanische Firmen so massiv in den Iran exportieren?“

O-Ton

John Kornblum,
US-Botschafter a.D.:

„Ich sage nichts dazu, weil das nicht meine Sache ist. Wir reden hier über Politik. Was einzelne Firmen tun, das ist ihre Sache. Sie werden mich nicht bringen, jetzt in eine lange Diskussion über das Handeln von einzelnen Firmen zu bringen.“

O-Ton

Panorama:

„Aber wie kann es sein, dass die amerikanische Regierung das zulässt und gleichzeitig einen solchen Druck auf deutsche Firmen ausübt?“

O-Ton

John Kornblum,
US-Botschafter a.D.:

„Das weiß ich nicht, ob das stimmt oder nicht. Wie gesagt, wir sind hier und ich breche dieses Interview jetzt ab.“

Kanzleramt, Auswärtiges Amt und Wirtschaftsministerium wollen PANORAMA erst gar kein Interview geben. Die Politik der Bundesregierung empfinden Mittelständler wie Helmut Weisser als Schikane. Mit dem Stopp seiner legitimen, rein zivilen Geschäfte im Iran muss er den Preis für die unsouveräne Haltung der Bundesregierung zahlen. Er weiß nicht, wie er seinen iranischen Kunden den Abbruch der Beziehung überhaupt erklären soll.

O-Ton

Helmut Weisser,
Unternehmer:

„Mir ist es peinlich, muss ich ganz klar sagen, ich möchte den Leuten gerne helfen, weil ich weiß, dass es Menschen sind, wie Du und ich, es sind ganz normale Bürger in einem Land, das bis auf vielleicht einige Auswüchse, ganz normale Menschen sind, freundliche Menschen. Wir sind dort immer gut behandelt worden. Und es ist ein Land, mit dem man wirklich auch ordentliche Geschäfte machen kann.“

O-Ton

Christoph Bertram,
Experte für Internationale Beziehungen:

„Die entscheidende Frage ist doch: Sollte die Bundesregierung nicht anfangen, Anstöße zu geben, die gesamte Iranpolitik des Westens zu überdenken und vielleicht auch die Chance

eines Wechsels im Weißen Haus benutzen, um hier mit den Amerikanern und anderen Verbündeten sich ins Gespräch zu begeben und zu überlegen: machen wir das noch richtig?“

Autor: Stefan Buchen
Kamera: Torsten Lapp, Djavad Maleki
Schnitt: Hanne Prüß

Abmod: Wir haben bei allen genannten amerikanischen Firmen nachgefragt, wie Sie es denn so mit Sanktionen halten. Alle haben dementiert, dass sie gegen das Embargo verstoßen. Und die amerikanische Regierung? Die hat auf unsere Nachfragen gar nicht erst reagiert.